

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Besuchspreis: Durch die Zeit in Deutschland, monatlich
Wk. 5.000.000. Wk. 25.000.000 ein-
heitlich. Posto. Erwerb täglich mehrere, auch Montags.
Jahreszeitliche Zahlung unter. Schriftliche, Geschäftliche, Druckerei:
Leipzig, Sachsenstrasse 8 (verschriften, Druckerei, Sammel-Bl. 70611,
Telegraphen-Nr. 170611; ebenso u. in allen wichtigen Städten und
Abonnement-Kabinette; auch nimmt jedes Postamt Belehrungen an.

Nr. 220

Einzelnummer 1000000 Mark

Sonntag, den 16. September 1923

Anzeigen-Tagespreis: Brunnbäder für Gelehrte
und Schüler. Die Tagesabende
monatlich 20 Mf., Sonntags nach 20 Mf., private
Familienanzeigungen 10 Mf., Werbeanzeigen mit Preis u. Zeile
angebote 15 Mf., Zeitungsblätter 12 Mf., kleine Anzeigen (Preis
pro Zeile) 20 Mf., für andere 14 Mf., Zeitungsanzeigungen 15 Mf., für
andere 22 Mf., Mitteilungen 10 Mf., für
andere 15 Mf., Mitteilungen 10 Mf., Russland Zeitungs-
aufdruck. Zeitungsdruck Leipzig Nr. 304. Eröffnungskosten Leipzig.

Fern-Ausgabe

117. Jahrg.

Abbau

Leipzig, 15. September.

Als wichtigste Tatsache entnehmen wir der gestrigen Hilfsdienstlichen Rede die entschiedene Ablehnung der Anstrengung, daß die Lage durch Schlagworte zu retten sei. Der Gedanke einer Goldnotenbank oder der Goldrechnung beherrschte die Erörterungen der vergangenen Wochen, ohne daß manche Kreise sich darüber konnten, doch mit rein technischen Mitteln, wie Währungsänderungen und kurzfristige Stützungswahrungen keine bauern die Besserung erzielt werden kann. Das Einmaleins des Wirtschaftslebens kann nicht durch irgendwelche Hegeleinsmäler erreicht werden.

Eine Steigerung der Reichseinnahmen zu erzielen, wird seit 1918 mit allen Mitteln versucht. Aber auch die deutschnen Steuern vermögen die Heilung der Finanzen nicht zu erzielen, weil die Eingänge nicht früh genug erzielt werden können, um die Ausgaben rechtzeitig decken zu können. So war man immer wieder gezwungen, auf dem Wege der Notenpreise einen Vorschub auf den Steuerertrag zu nehmen, entwertete damit das Geld, und wenn die Abgaben nun wirklich eingingen, so war das nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Hilfsdienst will nun mit Recht von der Aussage aus den Reichsfinanzen aufzuheben, um die „Wortwandschule“, diesen blindesten und ungerechten Steuerersatz, das Fieberthermometer der deutschen Wirtschaft, abzustellen. Am schwierigsten sind die Reichsfinanzen durch die Kosten des Rhein- und Ruhr-Wohlfahrtspfades belastet. Um Mißverständnisse zu vermeiden, die scheinbar in Frankreich entstanden sind, hätte der Finanzminister vielleicht gut daran getan, etwas schäfer darauf hinzuweisen, daß das keinesfalls einen plötzlichen Abbruch des passiven Widerstandes bedeuten darf. Bevor wir nicht mit Frankreich am Verhandlungstisch sitzen, dürfen wir unsere einzige Waffe nicht ohne Zugeständnisse aus der Hand geben. Die Einschränkung der Ruhrausgaben darf im gegenwärtigen Zeitpunkt nur durch eiserne Kontrolle der wirklichen Hilfsbedürftigkeit unter Ausichtnahme aller nicht unbedingt lebensnotwendigen Unterstützungen erfolgen.

In einer Zeit, wo die geistige Kultur an allen Stellen abgebaut wird, akademische Lehrer und Seefahrer am Berühren, wissenschaftliche Institute so ungereimt dosiert sind, daß sie ihren Zweck kaum mehr erfüllen können, müssen natürlich auch an sich wünschenswerte Fürsorgeeinrichtungen, wie Neubauten auf Reichskosten und produktive Gewerbeleistungsförderung, für die nächste Zeit zurücktreten.

Die geplante Einschränkung der Notenproduktion hätte zunächst eine Verbesserung des Geldmarktes zur Folge, deren Rückwirkung auf den Devisenmarkt bald zu spüren wäre. Es ist gar nicht notwendig, einen beträchtlichen Rückgang des Dollarwertes, ein Steigen der Mark hervorzurufen, der die gesamte Preisrevolution in der entgegengesetzten Richtung fördern würde: das Ideal ist die Stabilisierung, die die nervenzerrüttende Unsicherheit des Erzeugers, Händlers und Verbrauchers beseitigt, und den Sparansatzgedanken vom Staatshaushalt her in den Einzelhaushalt tragt. Wie sich dies zu erhoffen ist, zeigt das Beispiel Österreichs, wo sich seit Beginn der Stabilisierung die Bank- und Sparkasseninlagen verdreifacht haben.

Einigermaßen bedenklich ist der Plan des Finanzministers, die kaum erst eingeführte Zentralisierung der Steuern beim Reich schon wieder aufzugeben und den Ländern und Kommunen die Steuerhoheit zurückzugeben. Wie leicht kann in kleinen Verwaltungseinheiten die Steuerfrage zum Politikum werden, eine agrarische oder ländliche, arbeitgeber- oder arbeitnehmer-, konsumen- oder produzentenfreundliche Mehrheit unverträgliche harten oder unglückliche Erleichterungen des Steuersystems beschließen!

Mancher wird in den Ausführungen des Ministers ein in die Einzelheiten gehendes Finanzprogramm vermissen. Wie jedoch Hilfsdienst richtig ausführte, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein starkes Programm mehr von Schaden als von Nutzen, da die Situation eine schnelle Anpassung an den gegebenen Augenblick erfordert.

Im Eingang des Artikels wurde als Werk, in der Hilfsdienstlichen Rede die Ablehnung des Schlagwort bezeichnet. Es ist jedoch notwendig, daß der Rat auch dem Abbau nicht noch folgt.

zum Schlagwort entzieht, sondern den ersten Charakter eines nüchternen und zum Teil schmerzlichen Programms bewahre, an das wir uns zu halten haben, wenn wir uns nicht selbst preisgeben wollen.

Dollar zwischen 116 und 129 Millionen

In Übereinstimmung mit der New Yorker Markmeldung hört man in Berlin am Sonnabend den Dollar zwischen 116 und 129 Millionen. Der Verkehr war ruhig. Angedot schätzt nach wie vor; die Nachfrage ist nicht erheblich.

Vor einer Diskontterhöhung

In Berlin spricht man von einer Diskont-Verhöhung von bisher 30 auf 90 Prozent. Eine offizielle Bestätigung steht vorläufig (Weiteres siehe Handelseite).

Befriedigendes Ergebnis der Goldanleihe

Berlin, 15. September. (Eig. Tel.) Wie von australischer Stelle mitgeteilt wird, belaufen sich die Zehnungen auf die Goldanleihe bis zum heutigen Tage auf 75 Millionen Goldmark.

Dieses vorläufige Ergebnis wird als befriedigend bezeichnet, zumal da angenommen ist, daß es sich an den beiden letzten Bezeichnungsbogen noch beträchtlich erhöhen wird, vor allem auch durch den Umtausch der vom Reich erzielten Devisen und durch den Umtausch von Goldmark durch die Reichsbank, dessen Bezahlung in Goldanleihe erfolgt.

Voreilige Beschlagnahme von Devisen

Berlin, 15. September. (Eig. Tel.) Revisionsbeamte des Devisenministeriums erschienen gestern nachmittag in einer Depositionskasse einer Großbank und belegten alle Stahlfächer und ebenso die in den Banktresors zur Aufbewahrung liegenden Pakete mit Beschriftung. Die Besitzer wurden benachrichtigt, daß sie am Montag im Beisein von Beamten des Devisenministers die Schließfächer und Pakete zu öffnen haben.

Dieses Vorgehen hat in Bank- und Börsentreinen große Aufregung hervorgerufen, und viele Sachinhaber entleerten schleunigst ihre Bankfächer ohne Rücksicht auf die Gefahr, die das Aufbewahren von Wertgegenständen in Privatbesitz mit sich bringt. Wie sich jedoch jetzt herausstellt, ist diese Aufregung unnötig gewesen, denn der Devisenminister, Heinrich Hellinger, teilt mit, daß die Beschlagnahme ohne sein Wissen und durchaus gegen seinen Willen erfolgt sei.

Es liegt eine Kompetenzüberschreitung eines ersten in Amt bestellten Beamten vor. Heinrich Hellinger, der grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß solche Eingriffe in das Privatentrum aus ethischen und innerpolitischen Gründen zu vermeiden sind, hat sofort veranlaßt, daß die Beschlagnahme rückgängig gemacht wird.

Trübsal unter den Deutschvölkischen

Berlin, 15. September. (Eig. Tel.) Ein interessantes Streitlicht auf die inneren Verhältnisse der rechtstaatlichen Organisationen wird folgendes Rundschreiben, das die Schuhvereinigung der Deutschvölkischen Bank an ihre Mitglieder sendet:

Die Schuhvereinigung der Genossen der Deutschvölkischen Bank in Chemnitzburg sieht sich zu diesem Rundschreiben angesichts der unangenehmen Vorkommen innerhalb der Bank gezwungen, da der völkische Charakter des ganzen Unternehmens auf höchste gefährdet ist und außer dem bereits verlorengegangenen gewaltigen Vermögenswerte auch noch weitere große Verluste drohen. Das Rundschreiben fordert um zahlreichen Besuch der Generalversammlung auf, die am 28. September mittags im Schlosspark-Theater in Stettin stattfinden soll. Es wird aber schon jetzt hervorgehoben, daß der Vorstand der Deutschvölkischen Bank so große Verluste gegen die Sicherheit der Bank und die Vermögenswerte der Genossen bewangen hat, daß ihm eine Entlastung unter keinen Umständen erteilt werden kann. Ferner steht fest, daß sich der Vorstand auf Kosten der Genossen große Vermögensvorteile verschafft hat. Es wird auch mitgeteilt, daß in den letzten Tagen das größte Vermögensobjekt der Bank, die Siegel und das Gut Sommerfeld, zu einem Spottpreis an einen Herrn Bleibach unter Vorstand des Rechtsanwalts Berthauer verkauft worden sei. Nur aus Rücksicht auf eine größere Anzahl von Genossen sei von einer Auseinandersetzung der Staatsanwaltschaft absehen zu lassen.

Mancher wird in den Ausführungen des Ministers ein in die Einzelheiten gehendes Finanzprogramm vermissen. Wie jedoch Hilfsdienst richtig ausführte, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein starkes Programm mehr von Schaden als von Nutzen, da die Situation eine schnelle Anpassung an den gegebenen Augenblick erfordert.

Im Eingang des Artikels wurde als Werk,

und

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichsgerichts Leipzig.

Anzeigen-Tagespreis: Brunnbäder für Gelehrte
und Schüler. Die Tagesabende
monatlich 20 Mf. (ausgenommen 20 Mf.), Sonntags nach 20 Mf., private
Familienanzeigungen 10 Mf., Werbeanzeigen mit Preis u. Zeile
angebote 15 Mf., Zeitungsblätter 12 Mf., kleine Anzeigen (Preis
pro Zeile) 20 Mf., für andere 14 Mf., Zeitungsanzeigungen 15 Mf., für
andere 22 Mf., Mitteilungen 10 Mf., Russland Zeitungs-
aufdruck. Zeitungsdruck Leipzig Nr. 304. Eröffnungskosten Leipzig.

Fern-Ausgabe

117. Jahrg.

Sechsfaache Erhöhung der Bahntarife

Schlüsselzahl für Personenverkehr 9, für Güter 18 Millionen

Berlin, 15. September. (Eig. Tel.) Im Hinblick auf die weiter fortlaufende Goldentwertung, die sich besonders in der starken Steigerung der Kohlen- und Materialpreise und in der Erhöhung aller sonstigen der Reichsbahn zufallenden Ausgaben äußert, ist eine Heraussetzung der Eisenbahntarife nicht zu umgehen.

Vom 18. September ab beträgt die Schlüsselzahl für die Tarifrechnung im Personenverkehr 9 Millionen (bisher 1,5 Millionen) und im Güterverkehr 18 Millionen (bisher 4,5 Millionen).

Hierbei ist zu beachten, daß die Gütertarife nach neuen Grundtarifen berechnet werden, die in Übereinstimmung mit dem bereits bekanntgegebenen Gutachten des Reichsisenbahnrates im Hinblick auf die Weltentwertung um 100 Prozent erhöht worden sind. Die Grundzahlen im Personenverkehr bleiben dieselben. Monatstarife, um alten Preise werden nicht mehr ausgetragen; die günstigen Monatstarife behalten ihre Gültigkeit.

Um die Verständigung mit Frankreich

Währungsreform nach Beendigung des Ruhrkonflikts

Berlin, 18. September. (Eig. Tel.) Die Bevölkerung des Reichskabinetts über die Frage der Währungsreform, die in den letzten Wochen fast täglich das Kabinett beschäftigt haben, werden auch heute fortgesetzt. Daß die Beschlüsse nicht so schnell gefaßt werden, wie man es anfangs in der Deftlichkeit vorausgesetzt hat, liegt einmal daran, daß man in dieser äußerst komplizierten und das ganze Wirtschaftsleben entstehenden einfließenden Frage nicht voreilig unausgereifte Blätter und Vorschläge verwirklichen will, sondern auch daran, daß man innerhalb des Kabinetts der Ansicht ist, daß eine praktische Durchführung der Währungsreform nicht gedacht werden könne, bevor nicht der Ruhrkonflikt beendet sei, oder wenigstens sichtbar sei, unter welchen Umständen die Beilegung des Konflikts erfolge.

Der Plan der Reichsregierung sieht, wie wir von informierter Seite erfahren, die die

angekündigte Verständigung

zwei Etappen vor. In der ersten Etappe wird nicht die Räumung des Ruhrgebiets, sondern die Wiederverfügung über das Ruhrgebiet für Deutschland verlangt, und zwar nicht aus Preisgründen, wie in der Pariser Presse überhaupt wird, sondern ausschließlich zu dem Zwecke, die geplante Kreditoperation überhaupt zu ermöglichen. Zur Wiederverfügung über die deutschen Gebiete gehören vor allem drei ganz besondere Vorgänge:

1. Die völlige Freigabe des Wirtschaftsverkehrs des Warenaustausches zwischen den befreiten Gebieten und dem übrigen Deutschland; 2. die Wiederherstellung der deutschen Eisenbahnherrschaft im Verkehrsnetz innerhalb des ganzen Reiches; 3. die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungen und ihrer Befugnisse gegenüber Wirtschaft und Bevölkerung der befreiten Gebiete.

Die zweite Etappe muß dann freilich die militärische Räumung des Ruhrgebiets und die Wiederverfügung des alten Reichsgutsstandes, und die Wiederherstellung des alten Reichsgutsstandes, die Rückkehr der vertriebenen Deutschen und die Freilassung der von den Besatzungsbehörden und Gefangenen bringen.

Was die Währungsform selbst anbelangt, so besteht in der Reichsregierung noch die Ansicht, daß die künftige deutsche Währung auf Goldraten und entsprechend durch Gold, Devisen oder Kapital fundiert werden müsse. An eine allgemeine Übergangswährung aus Röggendorf, wie Dr. Helfferich sie propagiert, wird nicht gedacht, sondern die Gewöhnungen nach dieser Richtung gehen lediglich dahin, ob man die Einbringung der Genie dadurch erleichtern kann, daß man der Landwirtschaft eine private Röggendorfnotenbank gestattet.

Einführung der Wahlpflicht in Preußen?

Berlin, 26. September. Bei der Beratung des Landeswahlgesetzes im Verfassungsausschuß des preußischen Landtages wurde mit großer Mehrheit in vorläufiger Abstimmung die Einführung der Wahlpflicht beschlossen.

Die Frage des Erlasses von Abgeordneten, die durch Wahl, Ablehnung oder aus sonstigen Gründen ausscheiden, wurde dahin geregelt, daß der neuwählende Abgeordnete aus den auf der Wahlliste verzeichneten gewählt werden soll. Die Auswahl treffen

die Unterzeichner des Landeswahlvorschlags, in dem die Parteilistungen,

Kohlenpreise auf Goldmarkbasis

Berlin, 15. September. (Eig. Tel.) In der gestrigen Sitzung des Reichskohlenrates, der sich zum ersten Male mit der Festsetzung des Kohlenpreises nach Maßgabe der Goldmark befaßte, ist ein endgültiger Beschluß noch nicht zu Stande gekommen. Da der Reichsfinanzminister, der bisher seine Zustimmung zu den eingereichten Preisvorschlägen nicht erteilt hat, vor nicht der Ruhrkonflikt beendet sei, oder wenigstens sichtbar sei, unter welchen Umständen die Beilegung des Konflikts erfolge.

Der Plan der Reichsregierung sieht, wie wir von informierter Seite erfahren, die die

angekündigte Verständigung

wiederholen, so wird sich ungefähr eine Verdreifachung der bisherigen Kohlenpreise geben, d. h. die rheinisch-westfälische Förderlohn wird von 168,7 Millionen auf ungefähr 600 Millionen pro Tonne steigen. Mit den neuen Preisen bleiben die im Augenblick wichtigen Bergbauregionen, namentlich Mitteldeutschlands und Oberschlesiens, weiterhin unter dem Weltmarktpreis.

Um im Zukunft eine Verbilligung der Kohlenpreise herbeizuführen zu können, wird auf dem Wege der Leistungsförderung künftig vorgearbeitet. Zu diesem Zweck wird insbesondere ein technischer Ausbau der Förderanlagen betrieben und des weiteren durch Lehrermerabnahmen die Eignung des einzelnen Bergarbeiters, insbesondere für den Haushalt gefordert.

Wie wir weiter erfahren, findet heute im Plenum des preußischen Landtages die erste Beratung über den Gesetzentwurf über die Umgestaltung der preußischen Bergwerke statt. Es ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft in Aussicht genommen.

Amerikanischer Goldmarkt

* Sonderkabel des L. T.

Geldkurse der Börse

	London	Paris	Amsterdam	Stockh.	Kopenhagen	Christ.
11.	484.37	516.27	510.00	—	—	16.06
12.	484.37	516.27	510.00	—	—	16.06
13.	484.37	516.27	510.00	—	—	16.06
14.	484.37	516.27	510.00	—	—	16.06
15.	484.37	516.27	510.00	—	—	16.06
16.	484.37</td					